

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg

www.spd-nuernberg.de 03 / 2012

Aus dem Bundestag

Mehr Bürgerbeteiligung

Gesetzentwurf verspricht mehr Beteiligung bei Großprojekten

Seite 7

Interview

Stadt plant Neukonzeption für Seniorenheime

Interview mit dem Sozialreferenten der Stadt Nürnberg, Reiner Prölß

Seiten 4 und 5

inkl.
4-seitiger Beilage
SPD DEPESCHE
der Stadtrats-
fraktion



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

allein gegen den Rest der Republik! So sieht Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer seine Rolle. Sein Ziel: Bis 2030 soll Bayern als „erstes Land in der Bundesrepublik“ seine gesamten Schulden zurückbezahlt haben und schuldenfrei sein. Dies sei, so Seehofer im Landtag, „eine Vision der Nachhaltigkeit“.

Bisher hat der Freistaat 22 Milliarden Euro Schulden, hinzu kommen zehn Milliarden, die für die marode Bayerische Landesbank aufgewendet werden mussten, um sie vor der Pleite zu bewahren. Ein solches Ziel ist durchaus ehrenwert, aber ist es auch realistisch? Auf welchen Rücken werden solche Wahlkampfversprechen dann umgesetzt? Sparen ist richtig und vernünftig, es muss aber mit Augenmaß erfolgen. Wir dürfen uns nicht kaputtsparen und dabei die Sanierungen und dringend erforderliche Erneuerungen auf der Strecke lassen.

Seehofers Plan darf letztlich nicht die Schlinge um den Hals der Kommunen sein. Den Städten steht trotz Steuermehreinnahmen das Wasser noch bis zum Hals. Deshalb darf es zu keinen weiteren Belastungen durch den Freistaat kommen, nur damit der Herr Ministerpräsident glänzen kann. Ein passendes Beispiel ist dazu der Umgang mit dem Wohnungsbestand der GBW. Das will die Regierung den Städten überlassen, weil das nötige Geld ja schon für den Schuldenabbau eingeplant ist. Das ist keine nachhaltige und weitsichtige Politik und diese werden die Bürgerinnen und Bürger auch in Bayern durchschauen.

Herzliche Grüße

Christian Vogel

Für Nazis ist im Nürnberger Stadtrat kein Platz!



VON CHRISTIAN VOGEL

■ Die Stadt hat Nazis satt – alle demokratischen Mitglieder des Nürnberger Stadtrats brachten in der letzten Stadtratssitzung einen Antrag ein mit dem Ziel, die verbrecherische Tarnorganisation BIA zu verbieten. Alle waren sich einig: Im Nürnberger Rathaus ist kein Platz für Rechtsextreme!

Die Mitgliedschaft der beiden Stadträte der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die nichts weiter ist als die Tarnorganisation der NPD, ist gerade in und für Nürnberg ein unerträglicher und beschämender Zustand. Die Vollversammlung appellierte daher einmütig an den bayerischen Innenminister und an die deutsche Innenministerkonferenz, alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die BIA zu verbieten.

Stadtrat Arno Hamburg, der den Antrag für alle Fraktionen begründete, empfand die große Geschlossenheit über alle Parteigrenzen hinweg als großes Geschenk an seinem 89. Geburtstag. Mit ruhiger, aber sichtlich betroffener Stimme erläuterte er im Saal, welche schrecklichen Verbrechen diese Menschen leugnen wollen.

Die Diffamierungen, Verletzungen und Verharmlosungen rechtsradikaler und rechtsterroristischer Aktivitäten in diesem Land und in unserer Stadt dürfen keinen Tag länger geduldet werden. Das ist Nürnberg auch den Opfern rechtsradikaler Gewalt und ihren Angehörigen schuldig.

Die SPD kämpft auch in der Zukunft gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus! ■

Parteilieben

Neujahrsempfänge der Nürnberger Ortsvereine



■ Neujahrsempfang der **SPD Buchenbühl** am 22.01.2012 in der Sportgaststätte ASV Buchenbühl: Redner Dr. Thomas Beyer MdL und stellvertr. Landesvorsitzender der SPD. ■

■ Neujahrsempfang der **SPD Eibach/Röthenbach/Maiach und Gebersdorf/Großreuth** am 30.01.12 im Kinder- und Jugendhaus „SUSPECT“: „Leckerbissen“ - nicht nur kulinarischer Art - bekamen die rund 100 Besucher geboten.



Die Ortsvereinsvorsitzenden Jochen Obermeier und Roman Wenzel führten durch das Programm, in dem Bürgermeister Horst Förther mit einem Streifzug durch die Schwerpunkte der Stadtpolitik für Information und das Jazzduo Christina Jung – Jochen Pfister für ausgezeichnete Unterhaltung sorgte. Anschließend Gespräche am Buffet rundeten den gelungenen Abend ab. Mehr unter www.spd-gebersdorf-grossreuth.de. ■

■ „Allmächt' sin' die oadlich“: Beim Neujahrsempfang der **SPD Ziegelstein, Maxfeld, Nordostbahnhof und Wöhrd** am 27.01.12 in der Volksschule Ziegelstein sangen und tanzten die Stadtparkzwerge (siehe Bild). Bürgermeister Horst Förther begeisterte hingegen die über 80 Gäste aus Vereinen, Kirchen und Bürgerschaft mit interessanten Fak-



ten zur Stadtpolitik 2012 und die „Männer am Herd“ taten es mit vorzüglichem Catering. ■



■ Kooperationen in die Tat umgesetzt: Das Neujahrssessen der **SPD Gostenhof** am 08.01.12 zusammen mit dem **OV Johannis** im Palais Schaumburg. ■



■ Neujahrsempfang der **SPD Laufamholz**, 21.01.12 im Gemeindesaal der ev.-luth. Heilig-Geist-Kirche mit den Ehrengästen Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Günter Gloser

Parteileben

(MdB), Angelika Weikert (MdL) und Alt-Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein. ■

■ Der Neujahrsempfang der **Mögeldorf-SPD** fand am 14.01.2012 um 17 Uhr im Montessorizentrum Nürnberg statt. Gäste waren u. a. die türk. Generalkonsulin Frau Ece Öztürk-Cil, der Alt-OB Peter Schönlein, Bürgermeister Horst Förther, MdB Günter Gloser, Stadtrechtsdirektor a. D. Herr Hartmut Frommer, SPD Chef Christian Vogel, Personalrefe-



rent der Stadt Nbg. Herr Wolfgang Köhler, Stadträtin Claudia Arabacky, Stadträte Lorenz Gradl, Thorsten Lunz und Herr Stadtrat Halil Tasdelen aus Bayreuth. Es waren ca. 110 Vertreterinnen und Vertreter der Vereine, Verbände, Wirtschaft und Verwaltung anwesend. ■

■ Neujahrsempfang der **SPD Reichelsdorf** im evangelischen Gemeindezentrum „Am Wahlbaum“. Stadtkämmerer Harry Riedel bekam die „Sigena-Urkunde“. Auf dem Bild von links: Bezirksrätin Amely Weiß, Stadtkämmerer Harald Riedel, Jürgen Hösl aus Reichelsdorf und MdL Stefan Schuster. Außerdem kamen mehr als 80 Vertreter der Vereine, Kirchen, Schulen und Geschäftsleute. ■



■ „Spannendes aus Fürth“ bei der **ZaboSPD**: Mit Dr. Thomas Jung wagten wir am 13. Januar 2012 den Blick über den

Tellerrand, außerdem gab es Spannendes für Zabo von Horst Förther zu hören. Unter den vielen Gästen aus Politik und Gesellschaft in der Grundschule Viatisstraße: Angelika Weikert, Wolf Dieter Schottdorf, Bertold Kamm, Peter Schönlein und Renate Schmidt. ■

■ Die **Muggenhofer** verzichteten auf einen Neujahrsempfang. Stattdessen luden sie zu einem großen Stadtplanungs-



abend, zu dem über 70 BürgerInnen kamen. Stadträtin Christina Kayser (rechts) stellte die Pläne zum Quelle-Areal vor, Peter Faßbender vom Stadtplanungsamt (links) hatte jede Menge Infos dabei. In der Mitte OV-Vorsitzender Michael Ziegler. ■

■ Der langjährige gemeinsame Jahresempfang der **Ortsvereine Boxdorf, Großgründlach und Neunhof** am 29.



Januar 2012 füllte auch in diesem Jahr wieder das katholische Gemeindezentrum in Großgründlach. Gastreferent und Kämmerer Harry Riedel analysierte mit klaren und verständlichen Aussagen die aktuellen europäischen Finanzprobleme und die Aufgabenstellungen und Investitionen der Stadt Nürnberg für 2012 und die folgenden Jahre. Die ausrichtenden Ortsvereine waren mit dem Verlauf der Veranstaltung sehr zufrieden. ■

Die Stadt plant eine Neukonzeption für ihre Seniorenheime

Interview mit dem Sozialreferenten der Stadt Nürnberg, Reiner Prölß

■ Die Menschen werden immer älter, der Bedarf an Pflege und Betreuung wächst dabei. Die Stadt Nürnberg will sich als öffentlicher Träger der Entwicklung stellen und hat das Konzept „NürnbergStift 2020“ erstellt. Mit diesem Konzept sollen die Altenpflegeeinrichtungen der Stadt neu ausgerichtet werden. Wir sprechen mit Reiner Prölß um zu klären, was hinter dem Begriff „NürnbergStift 2020“ steckt.

dsp: Lieber Reiner Prölß, wir hören, die Menschen werden immer älter und sie wollen immer länger in den eigenen vier Wänden wohnen, wozu dann eine Neukonzeption von NürnbergStift (NüSt)?

Reiner Prölß: Beides ist richtig! Die Menschen werden glücklicherweise immer älter und sie wollen auch, so lange es irgendwie geht, in ihrer Umgebung, in ihren vier Wänden leben. Darauf muss sich eine in die Zukunft gerichtete Seniorenpolitik einstellen. Wir tun dies beispielsweise mit unseren Seniorennetzwerken in den Stadtteilen, wo es darum geht, eine möglichst lange „Häuslichkeit“ – wie das im Fachchinesisch heißt – zu ermöglichen, durch Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Besuchsdienste. Da geht es um Versorgung und Kümern, Hol- und Bringdienste, offene Angebote im Stadtteil, wie z. B. Informations- und Beratungsangebote, Angebote zur Gesundheitsprävention vor Ort, ambulante Dienste sowie Hochbetagtenstammtische, um alten Menschen weiterhin soziale Teilhabe zu ermöglichen. Das ist übrigens nachgewiesenermaßen eine wichtige präventive Maßnahme gegen dementielle Erkrankungen. Wichtig ist aber auch, dass sich Wohnungsgesellschaften darauf einstellen, Wohnungen so zu gestalten, dass ältere, gehbehinderte und pflegebedürftige Menschen gut darin leben können und dass wir auch die Möglichkeiten der Technik noch besser nutzen. Es kann aber die Lebens-

situation eintreten, dass ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist und es besser ist – weil man sich sicherer und freier fühlt, wenn jemand da ist – sich in stationäre Pflege zu begeben. Glücklicherweise haben wir hierfür in Nürnberg ein gutes und vielfach auch modernes Angebot an Einrichtungen mit guter Pflege.

dsp: Wie sehen die aktuellen Zahlen bei den Senioreneinrichtungen in Nürnberg aus, wie viel Plätze gibt es in Nürnberg, welchen Anteil davon stellt die Stadt?

Reiner Prölß: Wir haben derzeit in Nürnberg rund 5.650 Pflegeplätze in Einrichtungen, die von freien Trägern



der Wohlfahrtspflege, der Stadt und privaten Anbietern bereit gestellt werden. Derzeit bietet NüSt knapp 1.000 Alten- und Pflegeheimplätze an. Bei den Pflegeplätzen sind es etwas über 10 % des Gesamtangebots. Nürnberg steht mit diesem Angebot im Vergleich zu anderen Städten recht gut da.

dsp: Und von welchen benötigten Zahlen muss man für die Zukunft ausgehen?

Reiner Prölß: Genaue Zahlen zu prognostizieren ist schwierig. Aber alle seriösen Rechnungen gehen davon aus, dass sich zwischen 2014 und 2021 die Nachfrage aufgrund der demografischen Entwicklung massiv ausweiten wird. Der Bedarf an Pflegeplätzen wird sich bis zum Jahr 2025 in Nürnberg um zwischen 1.500 und 3.100 Plätzen

erhöhen, trotz des Wunsches, daheim bleiben zu wollen und trotz des Ausbaus des quartiersnahen Angebots.

dsp: Sieht das Zukunftskonzept vor, alle bisherigen Standorte zu erhalten, oder wird es zu Veränderungen kommen?

Reiner Prölß: Das Konzept „NürnbergStift 2020“ sieht vor, alle fünf Standorte zu erhalten. Dies hat der Werkausschuss einstimmig beschlossen. Allerdings wird es an den einzelnen Standorten zu Veränderungen kommen, sowohl von der inhaltlichen Ausrichtung, wie auch was die Gebäude betrifft. Auch werden die Entscheidungen, was wo in welchem Umfang geschieht, Stück für Stück im Werkausschuss bzw. Stadtrat erfolgen.

Als erstes steht das August-Meier-Heim in der Regensburger Straße auf der Agenda. Dieses denkmalgeschützte Ensemble soll zu einem modernen Pflegezentrum mit 200 Plätzen ausgebaut werden, Schwerpunkt werden Angebote für dementiell, insbesondere für gerontopsychiatrisch veränderte Personen, in verschiedenen Angebotsformen sein. Hierfür wird es eine enge Kooperation mit dem Zentrum für Alternmedizin des Klinikums geben.

Am Standort des Sebastianspitals haben wir mit dem Ursula-Wolfringhaus und dem sog. Sparkassenhaus zwei hervorragend modernisierte Einrichtungen, letztere mit einem speziellen Konzept für sehbehinderte Menschen. Das alte Elisabeth-Bach-Haus ist dauerhaft für die Anforderungen an eine moderne Pflege nicht geeignet und wird mittelfristig aufgegeben. Insgesamt wird das Gesamtareal nach dem Umbau der Musikhochschule neu entwickelt.

Unser Standort Johannis ist unser Filetstück und soll mit einer starken Öffnung zum Stadtteil und engen Kooperation mit dem Klinikum neu konzipiert werden. Eine Sanierung und Modernisierung ist aufgrund der bau-

lichen Gegebenheiten nicht möglich. Deshalb soll er mittelfristig teilweise abgerissen und neu bebaut werden. Ein Teil des Grundstücks könnte vielleicht veräußert werden, um die Refinanzierung zu sichern.

Noch unklar ist die weitere Nutzung unserer Einrichtung am Platnersberg. Hier werden derzeit zwei Varianten geprüft: einmal der Umbau zu einer reinen Pflegeeinrichtung mit drei Stationen, zum anderen als Einrichtung für Betreutes Wohnen mit ambulanten Versorgungs- und Serviceangeboten. Sollte an diesem Standort Pflege nicht möglich sein, dann benötigen wir einen Alternativstandort, am liebsten im Südwesten der Stadt, weil wir dort sozialräumlich noch nicht vertreten sind. Unser Heilig-Geist-Spital ist ein Selbstläufer und wird intensiv nachgefragt. Dem Wunsch der Bewohner entsprechend prüfen wir zurzeit, ob eine Umstellung von einem Altenwohnheim auf eine Mietbasis in Form Betreuten Wohnens möglich ist.

dsp: Warum will die Stadt Nürnberg auch zukünftig selbst als Heimbetreiber auftreten und diesen Markt nicht den privaten Heimbetreibern überlassen?

Reiner Prölß: Vor allem, weil die Menschen den Wunsch haben in Einrichtungen unterzukommen, die unter demokratischer Kontrolle durch den Stadtrat stehen, nicht auf Gewinnmaximierung aus sind und auch weltanschaulich neutral sind. Ich persönlich finde, dass es in einer Stadt ein konzeptionell vielfältiges und plurales Angebot von verschiedenen Trägern geben soll, um ein Wunsch- und Wahlrecht zu ermöglichen. Außerdem müssen wir immer wieder Personen unterbringen, die andere Einrichtungen nicht oder nur selten aufnehmen. Schließlich bin ich der Meinung, dass wir insgesamt als Stadt auch eine Verantwortung für öffentliche Daseinsvorsorge haben und diese auch selbst bereitstellen sollten. Übrigens auch, um fachlich aus eigener Erfahrung bewerten zu können, was die Menschen brauchen. Ich will aber deutlich sagen: Es ist nicht unser Ziel zu expandieren und unseren Marktanteil auszubauen. Nach diesem Konzept bleibt unsere Bettenzahl insgesamt ungefähr gleich,

es erfolgt nur eine bedarfsentsprechende Umwidmung zu mehr Pflegeplätzen.

dsp: Bleiben die verschiedenen Standorte nach ihrer Modernisierung für den kleineren Geldbeutel noch bezahlbar?

Reiner Prölß: Vorweg zu dieser Frage eine Anmerkung: Die Finanzierung der Pflege ist – ähnlich wie der Ausbau von Kindertageseinrichtungen – eine der zentralen Zukunftsherausforderungen für die Gesellschaft. Die Frage lautet: Was sind uns unsere alten und pflegebedürftigen Menschen wert?



Wir brauchen eine Reform der Pflege, die ihren Namen verdient und keine Zwei- oder Drei-Klassen-Pflege wird. Von der derzeitigen Regierung können wir kein zukunftsweisendes Modell erwarten. Was also in sieben bis zehn Jahren sein wird, wie die Finanzierung aussehen wird etc., kann ich heute nicht seriös beantworten. Aber: Wenn wir davon ausgehen, dass die Bedingungen so sind wie derzeit, dann kann ich diese Frage guten Gewissens bejahen. Investitionskosten sind ein Teil der Pflegekosten und wir wissen, was erstens am Markt finanzierbar ist und – falls Pflegeversicherung, Einkommen und Vermögen nicht ausreichen – der überörtliche Sozialhilfeträger zahlt. All unsere Planungen und Berechnungen bewegen sich in diesem Bereich.

dsp: Welche Schwerpunkte will die Stadt Nürnberg bei ihren Senioreneinrichtungen zukünftig setzen?

Reiner Prölß: Zu den Profilen der einzelnen Standorte habe ich ja bereits etwas gesagt. Grundsätzlich wollen wir die Zusammenarbeit im Konzern Stadt weiter entwickeln. Das ist auch das Besondere, was wir als NüSt anbieten können. Da steht an erster Stelle – wie übrigens schon heute – eine intensive Zusammenarbeit mit dem Klinikum, nicht nur um die bestmögliche medizi-

nische Versorgung zu sichern, sondern auch, um eine bürgerfreundliche Versorgung zu gewährleisten. Wir wollen intensiv mit der WBG zusammenarbeiten, weil es einerseits um die Öffnung unserer Einrichtungen zum Stadtteil hin geht und weil längerfristig die starre Trennung von ambulanter und stationärer Pflege aufgeweicht werden muss. Es sollen Pflegeformen im Stadtteil entwickelt werden, damit Menschen in ihrem Umfeld bleiben können. Wichtig ist uns auch die enge Kooperation mit der Werkstatt für Behinderte (WfB), weil zunehmend Menschen mit Behinderung älter und alt werden und in ihren Einrichtungen oder Familien nicht mehr gepflegt werden können. Das ist eine Personengruppe, die es für die Pflege aufgrund der schrecklichen Vernichtung von Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Euthanasie im Dritten Reich bisher nicht gab. Schließlich müssen wir uns auch darauf einstellen, dass zunehmend Menschen mit Migrationsgeschichte pflegebedürftig werden und in ihrer letzten Lebensphase auch ihrer kulturellen und religiösen Identität entsprechend untergebracht werden möchten. Das sieht das Konzept alles vor.

dsp: Wie sieht der Zeitplan für die Veränderungen aus?

Reiner Prölß: Wie der Name „NürnbergStift 2020“ schon sagt, das ganze Konzept soll in den nächsten acht bis zehn Jahren umgesetzt werden. Das ist ein sehr ambitioniertes Vorhaben, aber es ist machbar!

dsp: Wenn Du einen Wunsch frei hättest, was würdest Du Dir für Nüst 2020 wünschen?

Reiner Prölß: Nur einen Wunsch? Feen verteilen doch sonst drei! Nun dann: Dass alles so klappt wie geplant, dass wir vielleicht noch etwas schneller sein können als vorgesehen (weil: das spart Geld!), dass wir im Kostenrahmen bleiben und dass dieser gesamte Prozess politisch von allen Fraktionen und Ausschussgemeinschaften einvernehmlich getragen wird. Ein gutes öffentliches Angebot an Pflege darf nicht Gegenstand von parteitaktischen Spielchen sein. ■

Bürger mischen kräftig mit bei der Lärmschutzplanung

VON RICHARD WÜRFEL

■ Dass eine intensive Bürgerbeteiligung der richtige Weg zu einer solidarischen Stadtgesellschaft ist, wie sie die Nürnberger SPD und Oberbürgermeister Uli Maly wollen, hat sich jetzt wieder bestens erwiesen:

Über 6.500 Bürgerinnen und Bürger haben ihre Chance genutzt, sich im Internet zu dem Lärm zu äußern, der ihnen das Leben schwer macht. Bis zum 8. Februar bestand die Möglichkeit, sich an der Lärmschutzplanung unserer Stadt zu beteiligen. Insgesamt 677 Hinweise zu Lärm und Lärmquellen wurden abgegeben, 800 Kommentare geschrieben und 3.480 Bewertungen ausgesprochen.

Darunter freilich auch solche, auf die die Stadt rechtlich keinen oder wenig Einfluss nehmen kann, z. B. wenn es um Hubschrauberlärm oder das Läuten von Kirchenglocken geht. Auch der Bahnlärm muss bei den städtischen Planern leider außen vor bleiben, denn

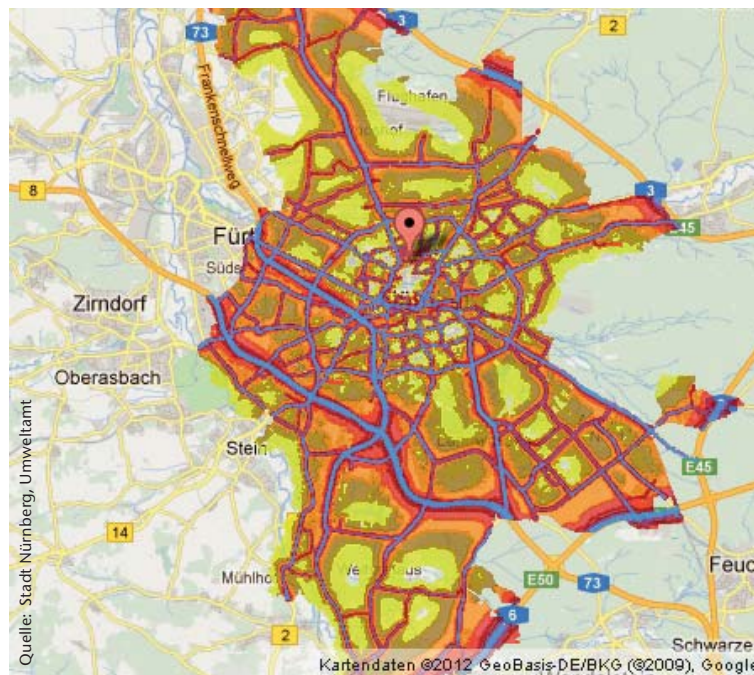
der Lärmschutz der Bahn ist Sache einer eigenen Bundesbehörde.

Da kann leicht aneinander vorbei gearbeitet werden, oder es können – das

Das Umweltamt und die beauftragte Ingenieurgruppe haben jetzt eine Menge Arbeit. Die Anregungen der Bürger müssen inhaltlich geprüft werden und schließlich muss ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden, der dazu taugt, den Lärm in Nürnberg effektiv zu vermindern. Diese Maßnahmen werden übrigens im Jahr 2013 wieder den Bürgern zur Beurteilung vorgelegt, bevor dann der Stadtrat darüber entscheidet.

Die Umweltpolitiker der SPD werden natürlich auf eine rasche Umsetzung des Lärmschutzprogramms drängen. Aber sie wissen auch, dass Lärmschutz teuer sein kann und dass das Aktionsprogramm mit dem Finanzplan der Stadt in Einklang gebracht werden muss. Und die Umset-

zung wird sicher auch nicht von heute auf morgen geschehen können. Aber ein positiver Anfang ist gemacht und die Nürnberger werden es honorieren, wenn mit Nachdruck daran gearbeitet wird, das zu minimieren, was vielen auf die Nerven geht: der Lärm! ■



Beispiel Werderau sei erwähnt! – einander widersprechende Effekte auftreten. Hinweise auf Lärmquellen, die nicht der Lärmschutzplanung der Stadt unterliegen, werden aber an die zuständigen Stellen weitergegeben.

Inklusion JETZT!

■ „selbst aktiv“ ist ein Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD. Es können alle mitmachen und unsere Arbeit unterstützen.

Wir wollen dazu beitragen, dass die UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung behinderter Menschen rasch umgesetzt wird und mit Leben erfüllt wird. Dies umfasst auch die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen und auch innerhalb der SPD. Der SPD Bundesparteitag in Berlin hat beschlossen, dass „selbst aktiv“ als eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD anerkannt wird.

Wir rufen deshalb dazu auf, uns in Nürnberg zu treffen und darüber zu sprechen, wie es weitergehen soll.

Termin:
27. März 2012,
19 bis 21 Uhr,
Nebenzimmer im
Karl-Börger-Zentrum,
Eingang Celtisstrasse
Dr. Susanne Jauch,
Tel. und Fax: 0911 498099
dr-jauch-nuernberg@t-online.de ■



SPD RATHAUS-DEPESCHE

Ausgabe Nr. 129

März 2012

Zu den (hier gekürzten) Artikeln finden sie die dazugehörigen Anträge und Presseerklärungen der SPD-Stadtratsfraktion auf unserer Internetseite.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

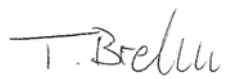
als Stadträte sind wir Ansprechpartner für die vielen kleinen Anliegen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger. Genauso wichtig ist uns aber auch, die großen Entwicklungslinien unserer Stadt nicht aus den Augen zu verlieren und rechtzeitig die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Wir unterstützen das NürnbergStift, damit es weiterhin seiner Aufgabe als Alten- und Pflegeeinrichtung gerecht werden und neue Herausforderungen annehmen kann. Nicht zuletzt die demographische Entwicklung aber auch die wiedererwachte Anzugskraft der Städte stellt uns vor

die Herausforderung, anderen und vor allem mehr Wohnraum in Nürnberg zu schaffen. Wirtschaftlicher Erfolg und ordentliche Beschäftigung liefern uns die dafür notwendigen Steuereinnahmen.

Zu all diesen Themen haben wir uns nicht nur Gedanken gemacht, sondern konkrete Initiativen auf den Weg gebracht. Weitere Informationen gibt es auf den folgenden Seiten.

Herzliche Grüße, Ihr



Thorsten Brehm
stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Städtische Pflegeheime fördern

Aufgrund der demographischen Entwicklung besteht besonders in Sachen Pflegeeinrichtungen nachhaltiger Handlungsbedarf. Die Nachfrage nach Pflegeplätzen wird schon in den nächsten 10 Jahren stark zunehmen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, sich bereits heute auf die neuen Gegebenheiten einzustellen, um auch in Zukunft eine bedarfsorientierte Pflege älterer Menschen zu ermöglichen.

Das NürnbergStift steht als kommunale Pflegeeinrichtung für ein attraktives und bedarfsorientiertes Angebot. Das Konzept einer wohnortnahen pflegerischen Versorgung, in Verbindung mit offenen Angeboten der Altenhilfe, ist ein wichtiger und nachhaltiger Ansatz zur Verbesserung der Lebens- und Betreuungssituation älterer Menschen in Nürnberg. Die SPD-Stadtratsfraktion unterstützt die städtischen Investiti-

onen zur Modernisierung der Gebäude des NürnbergStifts und Errichtung einer Zentralküche auf dem Gelände der Seniorenanlage August-Meier. Diese sind mit einem Volumen von 80 Millionen Euro in den nächsten



8 Jahren richtig eingesetzt. Bis 2020 werden so 200 neue Pflegeplätze und vermehrt Einzelzimmer innerhalb der verschiedenen Standorte der städtischen Eigenbetriebe geschaffen. Daneben verbessern neu angelegte An-

gebote die Betreuungssituation von Demenzkranken und Reha-Patienten.

Für gute Pflege brauchen wir allerdings gutes Personal und ausreichend Fachkräfte. Deshalb müssen in den Pflegeeinrichtungen mehrheitlich unbefristete Vollzeitstellen angeboten werden. Leiharbeit muss im Rahmen von Personalengpässen die Ausnahme bleiben.

Um eine zukunftsorientierte Neuausrichtung im Pflegeangebot zu vollziehen sowie die getätigten Investitionskosten zu refinanzieren, halten wir es für entscheidend, die Pflegequalität und das Belegungsmanagement kontinuierlich weiter zu verbessern. Hierfür kann im Verbund der Stadt, mit dem Klinikum und der Wohnungsgesellschaft wbg, auf starke Partner zurückgegriffen werden.



Gedenken am Hauptmarkt

Der Hauptmarkt ist der zentrale Platz im Herzen der Nürnberger Altstadt, ein Platz, der nicht „nur“ ein Marktplatz ist, sondern historischer Ort mit einer gesamtgeschichtlichen Funktion innerhalb der Stadt. Hier spiegelt sich Nürnberger Geschichte. Aber auch deutsche bzw. europäische Geschichte ist hier erfahrbar.

In der Diskussion um die Frage der Erinnerung an die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 am Nürnberger Hauptmarkt hat die SPD-Stadtratsfraktion in einem Antrag daher gefordert, diese geschichtlichen Bezüge und erinnerungswürdigen Ereignisse in die Gedanken zu einem Denkmal oder einer Tafel einfließen zu lassen. Neben der Bücherverbrennung wä-



ren z.B. zu nennen das Pogrom von 1349 und die Zerstörung des jüdischen Viertels, der Hauptmarkt als Ort der letzten großen demokratische Kundgebung vor dem „Dritten

Reich“, der Platz als Kulisse für die Aufmärsche der Nationalsozialisten, als Symbol der Zerstörung Nürnbergs im zweiten Weltkrieg, aber auch wie-

der als ein Ort demokratischer Kundgebungen.

Unserer Ansicht nach sollte die Chance genutzt werden, die der städtebauliche Ideen- und Realisierungswettbewerb bietet, eine angemessene Form des Gedenkens am Hauptmarkt zu finden. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung sollten unsere Experten, wie das Stadtarchiv oder auch die Museen der Stadt Nürnberg einbezogen werden.

Zudem soll zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung in der Stadt erinnert werden – ganz unabhängig von der Frage eines Denkmals am Hauptmarkt.

Weitere Informationen: Dr. Anja Pröllß-Kammerer; 0911 - 2312906; aproelsskammerer@aol.com



Kinderversammlungen - ein kleiner Blick hinter die Kulissen

Kinderversammlungen finden vor jeder Bürgerversammlung alle zwei Jahre in jedem Stadtteil statt. Alle Kinder von 6 bis 14 Jahren sind dabei eingeladen, ihre Wünsche und Anregungen, aber auch ihre Kritik vorzubringen.

Die meisten Kinder kommen mit ihrer Hortgruppe, ihrer Schulklasse oder Freunden aus dem Kinder- und Jugendhaus. In den Einrichtungen überlegen sie schon im Vorfeld, was sie bewegt, wo es im Stadtteil Dinge gibt, die sie verändern möchten. Sie beschäftigen sich aktiv mit ihrem Stadtteil und mit ihren Lebensbedingungen. Die Kinder müssen sich einigen, welche Themen sie wie vorbringen möchten. Hier sind Teamarbeit,

Kompromissbereitschaft und Kreativität gefragt.

Auf das Podium gehen und sich für die eigenen Interessen einsetzen, verlangt Mut von den Kindern. Wenn die Kinder dies geschafft haben, gehen sie oft ein Stückchen „größer“ und stolz zu ihrem Platz zurück.

In anschließenden Gesprächsgruppen haben die Kinder dann noch die Möglichkeit, mit den anwesenden Fachleuten aus der Stadtverwaltung ihre Themen zu vertiefen. Die Erwachsenen hören den Kindern zu und geben Auskunft auf ihre Fragen und erläutern das Vorgehen bei der Umsetzung von Anträgen und Wünschen. Manchmal werden ge-

meinsame Ortstermine vereinbart, bei denen die Kinder den Fachleuten hautnah ihre Bedürfnisse vor Ort erläutern und gemeinsam mit ihnen Lösungen suchen. Die Kinder sollen sehen, dass ihre Interessen ernst genommen werden.

Die Kinderversammlungen in Nürnberg sind eine Möglichkeit der Beteiligung von Kindern, für die es im Kinder- und Jugendhilfegesetz und in der UN-Kinderrechtskonvention rechtliche Grundlagen gibt. Für uns von der SPD-Fraktion sind die Kinderversammlungen allerdings viel mehr als „nur“ die Verwirklichung des Rechtes auf Beteiligung. Sie sind ein unverzichtbares Lern- und Bildungsangebot.

Weitere Informationen: Ilka Soldner; 0911 - 4389660 ; ilka.soldner@web.de



Aktive Wirtschaftsförderung: Für mehr Arbeit und Beschäftigung

Angesichts der wirtschaftlich unsicheren Zeit haben wir uns für das neue Jahr vorgenommen auf mehr Tatkraft bei der Wirtschaftsförderung zu drängen. Viel haben wir schon eingebracht, was vom Wirtschaftsreferat noch nicht bearbeitet wurde, deshalb nun ein erneuter Vorstoß.

Besonders wichtig erscheint uns, dass sich aktiv um die örtlichen Unternehmen gekümmert wird und auch neue nach Nürnberg gelockt werden. Nur so bekommt die Stadt genügend Gewerbesteuer, um weiterhin eine gute Infrastruktur, Schulen und Sozialeinrichtungen finanzieren zu können.

Unternehmen werden sich aber nur dann ansiedeln, wenn sie gute Rahmenbedingungen und eine gute Infrastruktur vorfinden. Dabei wird

zunehmend bei der Standortentscheidung eine Rolle spielen, welche Region ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte bietet. Eine Willkommenskultur für Menschen, die hier arbeiten und leben wollen, ist dabei unerlässlich.

Eine weitere tragende Säule der lokalen Wirtschaft ist das Handwerk. Wir haben deshalb ein Maßnahmenpaket zur Förderung des lokalen Handwerks vorbereitet. Denn, ohne das Handwerk wird zum Beispiel die Energiewende nicht umzusetzen sein.

Noch mehr muss aber getan werden, damit Nürnberg national und international besser wahrgenommen wird. Hierfür sollten in den technologischen Zukunftsfeldern wie der Elektromobilität oder der Energietechnik Leuchttürme aufgebaut und

unterstützt werden, mit denen Nürnberg eine Alleinstellung einnehmen kann. Die Stadt muss sich außerdem weiterhin bemühen, eine Förderung als Modellregion des Bundes zu bekommen, auch wenn es bei der Elektromobilität bisher nicht gelang.

Neben guten Rahmenbedingungen für die Unternehmen muss zudem die Forschung und Entwicklung weiter gestärkt werden. Die Nürnberger SPD hat sich deshalb schon mehrmals für eine Aufwertung der Fachhochschule in eine Technische Hochschule ausgesprochen.

Es gibt also viel zu tun. Wir werden mit Nachdruck dafür sorgen, dass das Wirtschaftsreferat unsere Vorschläge anpackt.

Weitere Informationen: Katja Strohhacker und Thorsten Brehm; spd@stadt.nuernberg.de



neu-N ist eine Veranstaltungsreihe der SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg

neu-N

IMPULSE ZUM THEMA NÜRNBERG

KINDER UNTER DRUCK - ADS, ESSTÖRUNGEN UND DER NORMALE "WAHNSINN" DES AUFWACHSENS

Talkrunde mit Experten am

Dienstag, den 20. März 2012 um 19.00 Uhr im Bildungszentrum, Seminargebäude, Gewerbemuseumplatz 2, 90403 Nürnberg

Weitere Informationen unter www.neu-N.de



neu-N ist eine Veranstaltungsreihe der SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg

neu-N

IMPULSE ZUM THEMA NÜRNBERG

KULTURTOURISMUS
FUSIONSMANAGEMENT ALS CHANCE?

Talkrunde mit Kulturarbeitern, Tourismusexperten und Politikern am

Dienstag, den 24. April 2012 um 19.00 Uhr im Stadtmuseum Fembohaus, Burgstraße 15, 90403 Nürnberg

Weitere Informationen unter www.neu-N.de

Wohnen in Nürnberg im Jahr 2025

Wie sieht es am Nürnberger Wohnungsmarkt in 15 Jahren aus? Welche Erwartungen haben die Bewohner Nürnbergs? Was wird besonders gewünscht? Wie viel Wohnraum wird gebraucht? Sind es mehr die großen oder doch mehr die kleinen Wohnungen, die gesucht werden? Wollen die Menschen lieber am Stadtrand oder in der Innenstadt leben? Gibt es besondere Wünsche zu den Wohnformen der Zukunft? Diese und noch weiterführende, detaillierte Fragen haben wir in unserem umfassenden Antrag für ein Entwicklungskonzept zum Wohnen in der Stadt im Jahr 2025 an die Stadtverwaltung gestellt.

Bei der ersten Diskussionsrunde dieses Antrags im Ausschuss für Stadtentwicklung wurde schnell klar: Ein solches Konzept ist dringend nötig und erforderlich. Nürnberg wächst — doch der

Wohnungsbau hinkt hinterher. Nürnberg wird immer attraktiver und somit gibt es einen immer stärkeren Zuzug in die Stadt. Auch die frühere „Stadtflucht“ aufs Land hat sich ins Gegenteil verwandelt. Immer mehr Menschen wollen wieder zurück in die Stadt. Aber nicht nur das immer mehr Menschen in die Stadt wollen, sie wollen auch immer mehr Wohnraum. Der durchschnittliche Bedarf pro Person hat sich in den letzten zwölf Jahren von 38 auf 41 Quadratmeter erhöht. Auch wenn sich das nicht viel anhört, entsteht alleine durch diese Erhöhung ein rechnerischer Mehrbedarf an 1600 Wohnungen pro Jahr! Dazu kommt, dass es immer mehr Singelhaushalte gibt. Das Baureferat schätzt daher, dass bis zum Jahr 2025 insgesamt mehr als 37000 Wohnungen in Ein- oder Zwei- wie auch in Mehrfamilienhäusern neu errichtet werden müssen.

Dabei gehört Nürnberg schon jetzt zu den am dichtesten bebauten Städten in Deutschland – und ist räumlich nach allen Seiten hin eingeschränkt. Die Aufgabe wird also nicht leicht. Immerhin stehen aber für neue Wohnbebauung nach dem aktuellen Flächennutzungsplan noch rund 102 Hektar, verteilt auf 44 Standorte, zur Verfügung.

Die SPD Fraktion wird das Thema Wohnraumschaffung genau im Auge behalten. Neben Arbeitsplätzen und einer guten Infrastruktur, ist die Bereitstellung von genug Wohnraum eine der wichtigsten Faktoren für die Zukunft der Stadt. Klar ist dabei aber auch: Schaffen kann die Stadt das nicht alleine. Es geht nur mit den örtlichen Wohnungsbauunternehmen und privaten Investitionen, Hand in Hand mit der Stadt.

Weitere Informationen: Christian Vogel; 0911 - 231 2906; spd@stadt.nuernberg.de



Splitter aus den Stadtteilen

FISCHBACH: Seit über 10 Jahren warten die Menschen in Fischbach dringend auf eine bessere Nahversorgung. Nachdem nun zwei angedachte Standorte nicht realisiert werden konnten, stellte die SPD-Fraktion den Antrag schnellstmöglich die Erschließung einer dritten Möglichkeit zu verwirklichen.

LAUFAMHOLZ/MÖGELDORF: Die SPD-Fraktion will wissen, welche Möglichkeiten bestehen, das Langseebad zu erhalten. Bisher hat der TSV 1846 Nürnberg das Bad mit viel ehrenamtlichem Einsatz geführt. Das Langseebad bereichert die Bäderlandschaft durch seine Einzigartigkeit. Sollte das Bad geschlossen werden, wäre dies ein großer Verlust für die Nürnberger Bäderlandschaft.

MAXFELD/NORDBAHNHOF: Nach der Einstellung der Straßenbahnlinie 9 in der Pirkheimerstraße sehen viele Anlieger die Gefahr, dass ihre Straße zu einer „Einzelhandelswüste“ verkommt. Die SPD-Fraktion will deshalb ein Entwicklungskonzept für den Einzelhandel und das Wirtschaftsleben in der Pirkheimerstraße. Ziel ist es, dass diese Straße auch ohne Straßenbahn attraktiv und lebendig bleibt.

NORDBAHNHOF-VOGELHERD: Rund um den Marktkauf-Komplex in der Kölner Straße fürchten die Anwohner eine negative Entwicklung für ihre Nahversorgung. Dies trifft vor allem die große Anzahl der dort lebenden Senioren, die bald keine Einkaufsmöglichkeit in fuß-

läufiger Entfernung mehr vorfinden. Die SPD-Fraktion will wissen, welche Möglichkeiten der Einflussnahme bestehen.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE:
150 Jahre fränkischer Sängerbund++
+Inthronisationsfeier der Nürnberger Prinzenpaare +++
Neujahrsempfang der Narrhalla Schwarz-Weiß +++
Wider die Neidhammel +++
20. Glasgow-Weekend +++
65 Jahre demokratische Verfassung des Freistaates Bayern +++
Neujahrsempfang der Bereitschaftspolizeiabteilung Nürnberg +++
150-jähriges Jubiläum des Zeidlervereins Nürnberg und Umgebung +++
Deutsch-französischer Tag +++

Mehr Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten!

VON MARTIN BURKERT

■ Ob bei der 3. Startbahn am Flughafen München, beim Großprojekt Stuttgart 21 oder beim geplanten S-Bahn-Verschwenk in Fürth: gerade bei großen Infrastrukturprojekten wollen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger an den Planungen beteiligt werden. Zu Recht! Als Verkehrspolitiker weiß ich: Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens, um die Entscheidungen, die bei solchen Großprojekten gefällt werden müssen, für den Großteil der Bevölkerung überhaupt nachvollziehbar zu machen. Ganz zu schweigen von den dafür notwendigen Investitionen.

Die Akzeptanz vieler Menschen für Infrastrukturvorhaben wird aber durch zu späte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und durch wenig transparente Verfahren zunehmend geschwächt. Verständlich, denn wer hat schon gern das Gefühl, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, wenn der Bau einer Bundesstraße, einer ICE-Trasse oder einer Park-WC-Anlage in der Nachbarschaft bereits beschlossene Sache ist?

Die Bundesregierung verspricht nun in einem Gesetzentwurf mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten – aber nur scheinbar! Die angekündigte Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung wird im Gesetzestext absolut unzureichend umgesetzt. Das so genannte Planungsvereinheitlichungsgesetz stellt es weitgehend in das Ermessen der Vorhabenträger, inwieweit sie die Bürgerinnen und Bürger beteiligen wollen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Bürgerbeteiligung nicht nur ein Lippenbekenntnis. In zahlreichen Diskussionsrunden mit Bürgerinitiativen, Verbänden und Juristinnen und Juristen haben wir ein Konzept erarbeitet, das wir nun unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger fertig-

gestellt haben. Wir möchten, dass die Bevölkerung von Anfang an in die Planung von Verkehrswegen und En-

geschafft und gerichtliche Klagen verhindert werden. Zugleich kommt es zu wirtschaftlich günstigeren Lösungen,



ergieleitungen einbezogen wird. Das A und O dabei sind transparente Verfahren, bei denen sowohl der Nutzen als auch die Kosten sowie die weitere Planung der Verkehrsprojekte ermittelt werden.

Wir fordern: Die Bürgerinnen und Bürger müssen bereits bei der Entscheidung beteiligt werden, ob ein Vorhaben überhaupt gebaut wird und beispielsweise welche Trasse dabei ausgesucht wird. Auch bei der Festlegung von Flugrouten und dem Bau von Flughäfen sollte die Bürgerbeteiligung deutlich verbessert werden. Auch fordern wir bundesweite Volksentscheide zu Grundsatzfragen der Infrastrukturpolitik, etwa zu den Bedarfsplänen für die Verkehrswege und zum Netzausbau im Energieleitungsbereich – so wie es in der Schweiz möglich ist.

Denn Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung sind kein Widerspruch: Durch eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung können oftmals langwierige Planungsverfahren sogar deutlich verkürzt werden. Durch die rechtzeitige Information aller Beteiligten können Konflikte aus der Welt

weil die Alternativen frühzeitig diskutiert und kostspielige Fehlplanungen vermieden werden. ■

Terminhinweis

Einladung zur Betriebs- und Personalrätekonferenz: Perspektiven für Wachstum und Wohlstand

mit Hubertus Heil, MdB, Stv. Fraktionsvorsitzender mit Zuständigkeit für Wirtschaft und Arbeit

12. März 2012 - 18:00 Uhr

Karl-Bröger-Saal

Eingang Celtisstraße

Wir wollen mit betrieblichen Interessensvertretern aus den Nürnberger Betrieben und Verwaltungen sowie den Gewerkschaften über die drängenden Probleme der Arbeitswelt diskutieren.

Anmeldung erforderlich unter:
Tel. 0911-438 96-0; Fax 0911-438 96-19 oder E-Mail:
buero@spd-nuernberg.de

Demolierte Züge: Kein Sparen an der Sicherheit!

Sachbeschädigungen in S-Bahnen im Raum Nürnberg

VON HELGA SCHMITT-BUSSINGER

■ Nachdem jüngst im Raum Nürnberg wiederholt massive Sachbeschädigungen bei S-Bahnen für Schlagzeilen sorgten, fordere ich vom Freistaat erneut die Nachrüstung von Videokameras in den Waggons der Regional- und S-Bahnen und den Einsatz von mehr Personal in den Zügen.

Eine Videoüberwachung schreckt nachweislich solche Chaoten ab und hilft, die Täter schnell zu überführen. Was für U-Bahnen mittlerweile die Regel ist, muss auch für die Regional- und S-Bahn möglich sein, denn dort kommt es immer wieder zu Sachbeschädigungen und sogar Körperverletzungen. Die neueren Fahrzeuge werden bereits serienmäßig mit einer Kamera ausgestattet. Eine Nachrüstung der älteren Züge – wie in der Nürnberger U-Bahn geschehen – muss nun umgehend in Angriff genommen werden.

Der Innenminister hat 2009 zwar angekündigt, tätig zu werden, aber passiert ist nichts. Man sieht, was bei uns vor Ort aus dem Spardiktat der Staatsregierung wird. Vor Ort, wie bei uns in Nürnberg, kommt dann schonungslos an, was die schwarz-gelben Herren und Damen in München beschließen und wofür sie sich feiern lassen: Der Freistaat entschuldete sich, aber Personal und Ausstattung fehlt sowohl bei der Polizei, als auch bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) ist 100prozentige Tochter des Freistaates Bayern und für die Planung, Koordination und Bestellung des Schienenpersonennahverkehrs im Freistaat zuständig. Und die Leidtragenden sind in diesem Fall die Nürnberger Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen mit kaputten oder verschmierten Zügen, ohne Personal vorlieb nehmen und die teuren Beschädigungen mit steigenden Fahrpreisen zahlen.

Aber natürlich müssen auch die Züge wieder mit mehr Zugbegleitern fahren. Wir sehen, dass das Knausern mit Per-

personal würde von solchen Maßnahmen profitieren. Ich weiß, dass sich viele Bahnmitarbeiter - und gerade



sonal schlimme Folgen haben kann. Ich appelliere an die BEG dies ernst zu nehmen. Mehr Sicherheitspersonal und auch Zugbegleiter sind für mehr Sicherheit unersetzlich! Auch das Zug-

die Zugführer - besonders nachts an ihrem Arbeitsplatz nicht mehr sicher fühlen. Videokameras und mehr Personal wären hier ein großes Plus an Sicherheit. ■

Veranstaltungshinweis

Frauenempfang anlässlich des 100. internationalen Frauentages 2012

**am Sonntag, den 11. März 2012 um 11 Uhr
im Südstadtforum, Nürnberg, Siebenkeesstr. 4**

**mit Vortrag von Klaus Barthel, MdB
Gerechte Bedingungen für Frauen im Beruf und bei der Rente**

... mit Frauenchor:

Dezibella aus Erlangen präsentiert Lieder, die unsere sozialdemokratischen Herzen höher schlagen lassen!

... und Netzwerken

bei Kaffee und Buffet könnt Ihr/können Sie Frauen aus unterschiedlichen Vereinen und Verbänden kennenlernen.

Wir freuen uns darauf, Sie begrüßen zu dürfen!
Ihre/ Eure Amely Weiß und die AsF Nürnberg

Brauchen wir noch einen Verfassungsschutz?

VON DR. HARTMUT FROMMER

■ Selbstverständlich: Ja! Unsere Verfassung bedarf des Schutzes vor ihren Feinden, die darauf abzielen, aggressiv und planvoll die freiheitliche demokratische Grundordnung funktionsunfähig zu machen, um sie letztlich zu beseitigen. Dieses im Grundgesetz angelegte Konzept einer streitbaren Demokratie ist Gemeingut aller verfassungstreuen Politik. Eine andere Frage ist, ob man dazu auch Inlandsgeheimdienste in Form eines Bundesamtes und 15 Landesämtern für Verfassungsschutz braucht. In der Presseschlacht um die Bönnhardt-Mundlos-Bande haben zwei gewichtige Stimmen dies deutlich verneint: Nils Minkmar/FAS 20.11.11 („Es ist Zeit, sie abzuschaffen“) und Heribert Prantl/SZ 13.1. u. 28./29.1.12 („Wer schützt die Verfassung vor dem Verfassungsschutz?“). Die vorzüglichen Artikel sind Pflichtlektüre für jeden politisch Interessierten. Indes werden gesicherte Erkenntnisse zum Versagen gerade der Verfassungsschutzbehörden im Zwickauer Fall erst dann vorliegen, wenn die Untersuchungsausschüsse des Bundestags und des Thüringer Landtages ihre Arbeit abgeschlossen haben (was wohl erst Mitte 2013 bzw. 2014 der Fall sein wird). Die Überprüfung der Grundlagen des Verfassungsschutzes muss aber schon heute erfolgen.

Das Grundgesetz ist der großartige Gegenentwurf zum Faschismus. Die Staatsziele Schutz der Menschenwürde, der Menschenrechte, des äußeren und inneren Friedens und der Völkerverständigung belegen dies ebenso wie die Vorstellung, man könnte Nazis durch Rede- und Parteiverbote beikommen. Allerdings: „Verfassungsschutz“ ist in das Grundgesetz (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 b) eher heimlich und in letzter Minute durch den sog. Polizeibrief der Westalliierten hineingeraten. Es waren die USA, denen viel daran lag, dass der vorbeugende und nachrichtendienst-

liche Teil des inneren Staatsschutzes unter der Bezeichnung „Verfassungsschutz“, „entpolizeilicht“ und von „zivilen“ Landesbehörden ohne Exekutivbefugnis wahrgenommen (sowie von einem Bundesamt koordiniert) wird. Dieses Monopol der Verfassungsschutzämter für die systematische, nicht an das Vorhandensein strafprozessual relevanter Verdachtsmomente geknüpfte Nachrichtensammlung ist bis heute so aktuell wie 1949 und das verhältnismäßig mildeste zur Aufgabenerfüllung geeignete Mittel.

Aber die USA haben dieses gute Konzept für Zwecke des Kalten Krieges auch missbraucht. Dafür war ihnen die Nutzung der vom NS-Reich übrig gebliebenen Geheimdienstkräfte wichtig, vor allem aber eine Art Äquivalenztheorie für Links- und Rechts extremismus, die wohl zeitweise auch der realen Bedrohung entsprach. In der Praxis führte das zur Überbetonung linker Gefährdungen – was weder die Intentionen des Grundgesetzes, noch die Sicherheitslage – spätestens seit Wiedervereinigung und Zusammenbruch des Realsozialismus – abbildet. Wenn selbst Bundesinnenminister und CSU-Generalsekretär dies noch nicht verstanden haben – wie viel schlimmer muss es da beim Verfassungsschutz selbst stehen?

Die Gefahren, die Deutschland vom rechten Terrorismus her drohen, sind unabsehbar – der Kampf dagegen ist vorrangige Aufgabe der staatlichen Institutionen (und auch der Zivilgesellschaft). Das vom Grundgesetz zu Verfügung gestellte Instrumentarium bedarf der Überprüfung und auch der Optimierung im Hinblick auf die antifaschistische Zielsetzung. Im Vorfeld der Strafverfolgungsbehörden kommen dem Verfassungsschutz wichtige nachrichtendienstliche Aufgaben zu. Ob dazu Einsatz von V-Leuten überhaupt noch sinnvoll und vertretbar ist, erscheint sehr zweifelhaft. Zur offenen wie verdeckten



Zeichnung: Eleonore R.

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Eine Partei soll sein wie eine Fußballmannschaft: Alles nur Freunde. So hat uns erst kürzlich unser Lieblingsraucher aus Hamburg einmal mehr freundschaftlich den Weg in die Zukunft gewiesen. Von dem Genossen Uli M. wissen wir neuerdings, dass seine Lieblings-Hanni eine Rote ist – in Düsseldorf. Lauter Liebe – wohin man schaut.

Was aber treibt unser Lieblingsalt-oberbürgermeister? Er nervt. Und zwar einige Parteiobere so sehr, dass die morgens vor der Lektüre der Lokalzeitung erst bang die Sekretärin fragen: Steht wieder was von *Ihm* drin? Lieber Peter Schönlein, so geht das nicht, auch wenn manche an der Basis über deine Aufmüpfigkeiten gar klammheimliche Freude empfinden sollten. Außerdem musst du ja noch wissen, dass Kritik aus den eigenen Reihen kaum je etwas bewirkt. Eine Portion Beratungsresistenz gehörte schließlich auch zu deinem Repertoire als Rathauschef.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Hans Makilla
Redaktion: Christian Vogel, Christian Präbiuß,
 dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
 der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

5.03.12 - 19:30 Uhr

SPD Hasenbuck:
Rote Runde
Gasthof Süd,
Ingolstädter Str. 51

5.03.12 - 19:30 Uhr

SPD Almshof: Öffentl.
Mitgliederversammlung
Kulturladen Schloss
Almshof, Almshofer
Hauptstraße 51

6.03.12 - 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof:
Aktiven-Treff
Markusgemeinde,
Alemannenstr. 40

6.03.12 - 19:30 Uhr

SPD Ziegelstein:
Ortsvereinsitzung
in der Gaststätte TUSPO,
Herrnhüttestraße 45

6.03.12 - 19:30 Uhr

SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
Sportheim Laufamholz,
Schupferstrasse 81

6.03.12 - 20:00 Uhr

SPD Großgründlach:
Mitgliederversammlung
SFG-Sportheim,
Würzburger Str. 61

Informationsgewinnung bietet sich heute vor allem das Internet an; gefragt ist dabei die hohe Qualität der Auswerter. All das wird den nachrichtendienstlichen Apparat spürbar verschlankt. Die gebotene Transparenz wird zu Öffnungen und ggf. auch zur Verlagerung von Aufgaben in Bundes- und Landesministerien, sowie den wissenschaftlichen Bereich führen. Die föderale

Struktur sollte beibehalten, die Kooperation der Landesverfassungsschutzämter untereinander und mit dem Bundesamt aber entschieden verbessert werden. Soweit die Zwickau-Untersuchungen jedoch die Reformfähigkeit der Verfassungsschutzämter ergeben, ist Auflösung und Neubestimmung unvermeidlich. ■

Erste Unternehmermesse

Bayern SPD und die Mittelstandsvereinigung der sozialdemokratischen Unternehmer (AGS) luden ein

VON PETER DROZYNSKI

■ Mehr als 40 sozialdemokratisch orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer aus Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen stellten sich und ihre Produkte am 03.02.2012 in Nürnberg im Karl Bröger Zentrum der Öffentlichkeit vor.

Schirmherr der Veranstaltung war der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, der zusammen mit dem Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung der bayerischen SPD, Peter Drozynski, die Veranstaltung eröffnete.

In der Mittelstandsvereinigung der bayerischen SPD sind rund 4.000 Unternehmerinnen und Unternehmer organisiert. Neben der Vorstellung ihrer Arbeit trieb die sozialdemokratischen Unternehmer vor allem, sich untereinander und mit interessierten Partnern aus der Wirtschaft zu vernetzen, auch ohne ein Parteibuch zu besitzen. Auf der Messe wurden Kontakte geknüpft und Geschäfte abgeschlossen.

Im Rahmen verschiedener Foren wurde den Besuchern aufgezeigt, wie breit die SPD im Bereich Wirtschaftskompetenz aufgestellt ist. Bei den anschließenden Diskussionen mit SPD-Mitgliedern und Interessierten wurde viel und tief über die Themen Existenzgründung, gute Arbeit, Gesellschaftsrecht, Genossenschaftswesen, die Bevorzugung der Großunternehmen und die unbefriedigende Förderung der mittelständischen Wirtschaft und vieles andere diskutiert.

Mit einiger Verwunderung aber mit viel Wohlwollen berichtet die Presse über diese erste Messe sozialdemokratisch orientierter Unternehmerinnen und Unternehmer rund 150 Jahre nach Gründung der SPD.

Auf Wunsch der Mitglieder der Mittelstandsvereinigung der SPD, der Aussteller und Besucher soll die Messe im nächsten Jahr erneut stattfinden. ■

EINLADUNG ZUR JHV

Jahreshauptversammlung der AsF Nürnberg

mit Gastvortrag von
Christine Limbacher (angefragt)
zum Thema **Pflege in Nürnberg**
am **Mittwoch, den 07.03.12**
um **19:00 Uhr**
Karl-Bröger-Zentrum,
Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Str. 9

Tagesordnung:

Eröffnung und Begrüßung
Gastvortrag: Christine Limbacher,
Mitglied des Stadtrats Nürnberg:
Pflege in Nürnberg
Beschlussfassung über die Tagesordnung
Berichte
Bericht der Vorsitzenden
Sonstige Berichte
Aussprache
Entlastung des Vorstandes
Antragsberatung
Schlusswort und Schließung der
Veranstaltung

Amely Weiß und der AsF-Vorstand

JUSOS

Solidarität unter Studierenden zulassen, Herr Heubisch!

VON NASSER AHMED

■ Die Jusos Nürnberg unterstützen die studentische Initiative zur Einführung eines solidarischen Semestertickets.

In der Studierendenschaft der Region gibt es große Bestrebungen, die hohen Mobilitätskosten – welche Studierende sehr unterschiedlich hart treffen – gerechter auf viele Schultern zu verteilen. Am einfachsten wäre dies umsetzbar mit einem solidarischen Semesterticket, das jeder Studierende in der Region durch eine Abgabe an das Studentenwerk erhält. Bis ein solches Semesterticket jedoch eingeführt werden kann, gilt es noch einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Auf zwei soll hier kurz eingegangen werden:

1. Das Semesterticket beruht auf einem Pflichtbeitrag aller Studierenden. Sollte auch nur ein Student erfolgreich gegen diese Abgabe klagen und das Modell zu Fall bringen, müsste das Studentenwerk trotzdem gegenüber den VGN für die Ticketkosten aufkommen.

Dieses Klagerisiko hat aber bislang kein anderes Semesterticket-Unterfangen verhindert. Dass es hier in Bayern Schwierigkeiten bei der Umsetzung gibt, liegt an der besonderen Lage. Das Wissenschaftsministerium hat die Rechtsaufsicht über die Studentenwerke inne, schiebt jedoch die Verantwortung weiter – im Falle einer erfolgreichen Klage müsste das Studentenwerk dann auch für alle Kosten aufkommen, was es sich nicht erlauben kann. Darum gilt es, Wissenschaftsminister Heubisch zur Vernunft zu bringen und davon zu überzeugen, der Studierendenschaft in dieser Frage nicht im Weg zu stehen. Er muss mit seinem Ministerium das Klagerisiko übernehmen, um einem Semesterticket den Weg zu ebnet!



2. Ein Semesterticket stellt einen Akt der studentischen Solidarität dar. Auch wenn es viele Befürworter gibt, gilt es darüber zu diskutieren, ob alle Studierenden einen solchen Akt der Solidarität mittragen möchten. Und noch viel wichtiger: Wie weit geht die Solidarität und wie genau soll sie aussehen?

Es gibt verschiedene Semesterticket-Modelle. Das reine Solidarmodell beispielsweise sieht einen Beitrag für alle Studierenden vor, egal wo sie wohnen und egal wie häufig

sie den ÖPNV nutzen. Ein Sockelmodell hingegen sieht einen etwas niedrigeren Grundbeitrag vor, den alle Studierenden bezahlen müssen, bei dem jedoch Pendler und Studierende, die den ÖPNV häufiger nutzen müssen bzw. wollen, einen nutzungsabhängigen Zusatzbetrag zahlen.

Welches Modell – und in welcher genauen Ausgestaltung – die Studierendenschaft vorzieht, muss nach einer Informationskampagne im Rahmen einer Umfrage eruiert werden und dann konsequent verfolgt werden.

Wir Jusos bleiben dran und werden gemeinsam mit allen Unterstützern, dem VGN, dem studentischen Konvent, Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitikern, die Hindernisse aus dem Weg schaffen, um die schon seit Jahren im Raum stehende Forderung nach einem Semesterticket endlich in die Tat umzusetzen! ■

Termine

06.03.2012 - 19.30 Uhr
SPD Nordbahnhof:
Jahreshauptversammlung
mit dem Fraktionsvorsitzenden Christian Vogel,
Friedrichstr. 11

7.03.12 -20:00 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
Freuengruppe
AWO Begegnungsstätte
Matthäus-Herrmann-Platz 7

8.03.12 - 18:30 Uhr
SPD Südwest:
Politischer Stammtisch
Kantine am Leiblsteg,
Neustädter Straße 112

12.03.12 - 19:30 Uhr
SPD Steinbühl:
Mitgliederversammlung
Verabschiedung von Anträgen zur Unterbezirksjahreshauptversammlung
Bräustüberl zum Schrödl
Wirt, Endterstraße 13

13.03.12 - 14:00 Uhr
SPD Almoshof/Thon:
Nachmittagstreff
mit Kaffee und Kuchen
von der ArbeiterwohlfahrtKulturladen Schloss
Almoshof, Almoshofer
Hauptstraße 51

13.03.12 - 19:30 Uhr
SPD Gostenhof:
Ortsvereinstreff
Nachbarschaftshaus, GostenhofAdam-Klein-Str. 6

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

13.03.12 - 19:30 Uhr

SPD Fischbach:

Mitgliederversammlung

Bericht aus dem Bay. Landtag: Helga Schmitt-Bussinger (Mdl)
Sportgaststätte TSV Altfurt, Wohlaue Strasse 16 – UG

21.03.12 - 19:00 Uhr

SPD Rangierbahnhof:

Aktivensitzung

BLW Vereinslokal Futterhütte, Richard-Benzinger-Weg 33a

22.03.12 - 17:00 Uhr

SPD Nürnberg AfA:

Sitzung

SPD Sitzungszimmer, Karl-Bröger-Str. 9

25.03.12 - 11:00 Uhr

SPD Gostenhof:

Frühschoppen

in der Schanzenbräu Schankwirtschaft, Adam-Klein-Str. 27

2.04.12 - 19:30 Uhr

SPD Hasenbuck:

Rote Runde

Gasthof Süd, Ingolstädter Str. 51

Die Reihe im dsp: Nürnberger SPD-Persönlichkeiten

Gregor Schamberger (1879 – 1961)

■ Aus einer ländlichen Arbeiterfamilie aus dem nördlichen Steigerwald stammend, kam er mit 7 Jahren nach Nürnberg. Er lernte als Metalldreher und kam schon bald zur Gewerkschaft und 1899 zur SPD. Schon vor dem 1. Weltkrieg war er, der sich vor allem um soziale Aufgaben kümmerte, als Armen- und Waisenrat tätig. Beruflich war er seit 1914 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse tätig, damals eine der wichtigsten Institutionen für die soziale Besserstellung der Arbeiter. Die erforderlichen Kenntnisse für seine Tätigkeit bei der AOK erwarb er sich schon zu der Zeit als Arbeiter bei der Firma Chillingworth und durch endlose Abendkurse im „Offenen Zeichensaal“, heute „Volkshochschule“. Von 1919 bis 1933 gehörte er der SPD-Stadtratsfraktion an, war lange Zeit Pfleger der städtischen Krankenanstalten und wurde – wie die meisten seiner Genossen – im

Juni 1933 verhaftet und für 6 Monate ins KZ Dachau gebracht. Nach seiner Entlassung hielt er die gesamte Nazizeit über engsten Kontakt zu seinen Genossen. So gehörte er auch sofort 1945 zum engsten Kreis um Julius Loßmann und August Meier, die die kommunalpolitische Arbeit wieder aufnahmen. Er gehörte dem 1. demokratisch zustande gekommenen Beirat der Stadt und dem 1. Stadtrat nach dem Krieg bis 1948 an. Er war dort einer der Sprecher der SPD-Fraktion. Beruflich war er wieder, nachdem er 1933 entlassen worden war, bei der Ortskrankenkasse, zuletzt als Verwaltungsrat. Darüber hinaus war er einige Jahre 2. Vorsitzender des Roten Kreuzes in Nürnberg. Bürgermeister Franz Haas ehrte ihn als einen hervorragenden Bürger unserer Stadt und die AOK bezeichnete ihn als einen Veteranen der sozialen Krankenversicherung. ■

Erwin Riedlinger ist verstorben

■ Der SPD-Ortsverein Boxdorf trauert um seinen ehemaligen Vorsitzenden Erwin Riedlinger. Er war kommunalpolitisch aktiv als Mitglied im letzten Boxdorfer Gemeinderat von 1966 bis 1972. Nach der Eingemeindung Boxdorfs in die Stadt Nürnberg vertrat er die Interessen des Stadtteils weiter bis 1984 im Ortsbeirat, von 1972 bis 1978 als Vorsitzender. Nach der Eingemeindung 1972 ergriff Erwin Riedlinger mit anderen Ortsvereinsvorständen des Nürnberger Nordens die Initiative zur Gründung des SPD-Arbeitskreises Knoblauchsland. Das von ihm 1975 mitbegründete SPD-Kinderfest im Boxdorfer Behindertenzentrum wurde

zur festen Größe im Veranstaltungskalender. Bis vor wenigen Wochen nahm Erwin Riedlinger aktiv an den Treffen des SPD-Ortsvereins Boxdorf teil, dem er fast 50 Jahre angehörte.

Am 23. Januar ist er im Alter von 78 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben. Die SPD Boxdorf und die SPD Nürnberg denken dankbar zurück an alles, was Erwin Riedlinger für uns und den Stadtteil Boxdorf geleistet hat. ■

